

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Belegpreis 10 auf weitere nur Dienstag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbesorgung monatlich 20, durch unsere Kurierfahrer zugewogen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierwöchentlich 20, mit Zustellungsgebühr. Alle Postankommen und Postboten sowie unsere Kurierfahrer und Geschäftsbesorger nehmen lehrerzählige Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Widerspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 für die 6spaltigen Korpuszeile oder deren Raum, Anklangen, die 2spaltige Korpuszeile 10. Bei Wiederholung und Jahresauftrag erheblicher Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltigen Korpuszeile 10. Anzeigenpreis-Beleg 10. Kapitalanfragen bis vormittags 10 Uhr. Bei der Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anfragen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenpreis erstattet, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inserenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 71.

Donnerstag / Freitag 21. / 22. Juni 1923.

## Amtlicher Teil.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie am Wege von Klipphausen nach Kleinschönberg liegt beim Postamt Wilsdruff vom 26. ab 4 Wochen aus.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Dresden Nr. 6, den 16. Juni 1923.

2641

Telegraphenbauamt 2.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichsanwalt hat mit maßgebenden Vertretern der Banken die durch den neuen Markfuß geschaffene Lage beraten.

Reichspräsident Ebert ist zu einem Besuch der thüringischen Landesregierung in Weimar eingetroffen.

Durch die verstärkten Maßnahmen der Franzosen macht sich die Hungerplage im Ruhrgebiet stärker fühlbar.

Die Verhandlungen im Finanzministerium haben ungefähr eine Verdoppelung der Stundenlöhne der Staatsarbeiter ergeben.

### Der überheizte Kessel.

Wir haben zurzeit nur Interesse — d. h. ein ganz besonderes Interesse für den Dollar. Starren auf seine Sprünge wie ein Bögchen auf die Schlange. Und reihen erlaun die Augen auf, wenn er n Tag vergeht, ohne daß der Dollar sich emporschwingt; halten so etwas kaum für möglich. Aber da auch das jetzt einmal geschah, haben wir auch etwas Zeit, von der tanzen den Salsange die Augen zu wenden und zu sehen, was sich dertweil im Ausland abspielt. Schon deswegen übrigens, weil die Geschehnisse dort draußen auf die Entwicklung unserer wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnisse von doch nicht so ganz geringer Bedeutung sind. Vielmehr unsere Zukunft maßgebend gestalten.

Gerade die außenpolitischen Ereignisse der letzten Tage machen eigentlich die Verzweiflungsmarktbaisse zu einer doch nicht so recht begründeten. Gewiß, wir können mit dem einzigen, was uns radikal helfen könnte, einem energischen Eingreifen Englands, nicht rechnen. Aber der Anlauf zu einer Art aktiven Politik Englands liegt doch in dem Fragebogen vor, den Baldwin an Poincaré schickte und der sehr indiskrete Anfragen über die französische Reparationspolitik, namentlich aber über die Methode und vor allem das Ziel des Ruhr-Einbruchs, an den französischen Ministerpräsidenten richtete. So indiskrete Fragen, daß man in Paris und Brüssel nun schon eine Woche hindurch über die Antwort berät, die man England geben soll. Von London aus hat man jetzt mit dem Jaunpfehl gewinkt: man wolle die Antwort doch spätestens bis zur Kabinettsitzung am Mittwoch haben. Die französisch-belgische Note, die aber tatsächlich nichts anderes ist als ein Entwurf Poincarés mit belgischen Zusatzbemerkungen, ist daher am Dienstag in London überreicht worden.

Tatsächlich ist jetzt der Drehpunkt der gesamten Reparationsfragen in allen ihren Ausstrahlungen der passive Widerstand.

Nur damit beschäftigen sich die französischen Blätter; alles andere wie „Sicherungs“politisch, die Frage der Reparationssumme und Jahreszahlungen usw., ist zurückgetreten. Von den Vorschlägen der deutschen Note vom 6. Juni redet — übrigens auch in England — kein Mensch. Daher müssen auch wir uns vor Kräftezerstreuung hüten und diesen Hauptfragen unserer Stellung mit eiserner Entschlossenheit, mit Klauen und Zähnen festhalten. Weil dadurch am klarsten zum Ausdruck kommt, daß das Ganze ein politischer, ein Machtkampf ist, muß die klare, instinktiv richtige Stellungnahme der Franzosen begrüßt werden.

Ihre Forderung ist eindeutig: die deutsche Regierung soll erst sämtliche Verfügungen zurückziehen, die den passiven Widerstand legalisieren. Also das Verbot an die Beamten und Eisenbahner, den Franzosen Dienste zu leisten. Also das Verbot an die Gruben, Reparationskohlen zu liefern; also das Verbot, irgend einer Verordnung oder Verfügung der Franzosen Folge zu leisten usw. Kurz, alles für rechtens erklären, was die Franzosen seit dem 11. Januar taten. Darauf läuft es hinaus, wenn man in Paris verlangt, die deutsche Regierung solle alle Verfügungen zurückziehen, die den passiven Widerstand organisiert hätten, dann werde eine Milderung der Besetzung eintreten. Aber auch nur dann, wenn die Ruhrbevölkerung der neuen Politik ihrer Regierung Folge leistet und die Arbeit wieder aufnimmt. Dann, wenn das feststeht, werde die „französisch-belgische Besetzung unsichtbar werden“.

Nicht etwa verschwinden. Dann wird nämlich das ausgeführt werden, was man ursprünglich als Vorwand in die Welt hinausschaufte: die Verwaltung des Ruhrgebietes durch die Ingenieurkommission. Und wenn die

Arbeiter sich weigern sollten, das mitzumachen, den Widerstand gegen die französische Tätigkeit im Ruhrgebiet nicht aufzugeben, dann könne die deutsche Regierung diesen Widerstand sehr einfach brechen durch einen Befehl, der die Auszahlung von Unterstützungsgeldern an die streikenden Arbeiter verbietet.

„Wär es nicht so verflucht gescheit, man wär verflucht, es herzlich dumm zu nennen.“

Denn irgend einen Unterschied zwischen einer „Kapitulation“, wie sie Poincaré, die Brüsseler Konferenz usw. von uns verlangt, und dem, was man jetzt mit den obigen Andeutungen von uns verlangt, kann auch der größte Gelehrte mit dem schärfsten Mikroskop nicht entdecken. Es sind nur andere Worte für dieselbe Sache. Was aber benutzt wird, um daraus den Engländern gegenüber ein „Nachgeben“ Frankreichs zu konstruieren. Nur wird man sich in London wohl mehr an die Sache als an das Gerede darum halten. Vielleicht hat das Gerede aber auch nur den Zweck, Zeit zu gewinnen, jede englische Entscheidung hinauszuschieben.

Denn man heizt den Ruhrkessel jetzt so sehr man irgend kann. Die Verordnungen, Mißhandlungen Degouties überfüllen sich; die Hungerplage dient als neues, schärfstes, alterprobtes Mittel. Man will den Ausbruch, die Explosion des überheizten Kessels erzwingen, der man mit Waffengewalt Herr zu werden hofft — und dann Herr des zusammengeschmetterten Gebietes ist — oder den Zusammenbruch, die Kapitulation der Bevölkerung. Damit man dann mit der Kapitulationsurkunde in der Hand den Engländern entgegenreten und jeder Intervention achselzuckend die Tatsache dieser Kapitulation gegenüberstellen kann.

So stehen die Dinge auf des Messers Schneide. Noch einmal: es ist zu begrüßen, daß durch die französische Methode der politischen, rein politischen Gesichtspunkt klar und scharf herausgeschält wird, um den sich der Angriff von drüben, unsere Verteidigung bilden dreht. Weil dann auch der letzte Engländer den Charakter dieses Kampfes, den französischen Vernichtungswillen Deutschland gegenüber, erkennt. Baldwin hat am Sonntag in Orford seine Landsleute aufgerufen, geschlossen hinter ihm zu stehen, um Europa den Frieden wiederzubringen. Das sei Englands Aufgabe. Die Entenntnis ist da; wird ihr auch der Wille folgen?

### Weshalb stürzte die Mark?

Berlin, 19. Juni.

In den gestrigen Verhandlungen des Untersuchungsaußschusses über die Markstützungssaktion brachte der kommunistische Abg. Frölich einen Fall zur Sprache, in dem ein Konzern aus der „Ruhrhilfe“ eine Anleihe von vier Millionen bekommen hat. Auf Vorkaufungen des Vorsitzenden erklärt Reuber, er sehe nicht ein, warum es in eine geschlossene Sitzung gehöre, wenn von der Firma Otto Wolf ein offenkundiger Betrug vorgenommen werde, und das Reichswirtschaftsministerium habe nicht den Mut, ernsthaft vorzugehen, sondern verberge sich hinter lauten Ausschließen. Es sei ein unerhörter Skandal, daß die Firma Otto Wolf einen Betrag zum Schaden der Reichskasse vorgenommen habe. Staatssekretär Trendelenburg erklärte, er habe angeordnet, daß durch einen Vertreter in Köln der Fall sofort nach allen Richtungen aufgeklärt wird.

Im weiteren Verlauf der Besprechung vertritt der Abg. Dr. Derrburg die Ansicht, daß die Reichsstellen bei Durchführung der Devisenordnung zu Reinsich vorgehen. Die Verschwendung von Kräften bei der Devisenkontrolle schreie zum Himmel. Um Summen unter tausend Dollar sollte man sich überhaupt nicht kümmern, sondern auf die großen flagranten Fälle losgehen.

In der heutigen Verhandlung stellte der Junge Direktor Wasserfmann von der Deutschen Bank fest, daß der deutsche Außenhandel sich zum großen Teil nur mit ausländischen Devisen finanzieren lasse. Die Banken könnten den Anforderungen ihrer Kundschaft nur dann gerecht werden, wenn sie dauernd über flüssige Gelder verfügten. Wie entwertet aber

die Substanz der Banken

sei, ergebe sich aus den Kurven der Banknoten. Die Aktien der Deutschen Bank ständen heute z. B. 150.000 %, d. h. 4 % in Gold oder vielmehr bei dem jetzigen Kapital von 1,1 Milliarden gegenüber 250 Millionen Friedenskapital 16 % Prozent in Gold. Tatsächlich habe die Bank also heute nur 40 Millionen Goldbesitz. Auf eine Frage, ob der Sachverständige nicht die Beobachtung gemacht habe, daß von Ende März bis zum 18. April außerordentlich große Devisenankäufe vorgenommen worden seien, erwidert Dr. Wasserfmann: Ich habe nichts gemerkt, was über den Rahmen dessen hinausgegangen wäre, was bei der Deutschen Bank das übliche ist. Die größte Menge

wurde von der Industrie der Fette und Öle genommen, erheblich mehr als von der Schwerindustrie. Als die von der Reichsbank billig abgegebenen Devisen zu Ende waren, kam am 18. April die Sache plötzlich zum Bruch. An diesem Tage machten die Kaufaufträge

geradezu phantastische Summen

aus. Abgesehen besteht keine Verpflichtung, am Tage des Eingangs abzuliefern. Es kommt häufig vor, daß Devisenbesitzer die Devisen tage- oder wochenlang bis zu dem Augenblick behalten, wo sie diese an die Reichsbank abliefern müssen. Abg. Dr. Perz (Soz.) bemerkte dazu: Der Verkauf sehr großer Mengen an einem Tage ist also dadurch zu erklären, daß man die Devisen längere Zeit hindurch nicht auf den Markt gebracht hat, vor allem nicht während der Stützungssaktion, sondern erst, als sie einen höheren Preis hatten.

### Chronik der Gewalttaten.

In den letzten Tagen sind aus dem Eisfeldgebiet und aus Gerolstein 180 Eisenbahner unter starkem Aufgebot farbiger Truppen in rücksichtsloser Weise aus ihren Wohnungen vertrieben und mit von den Franzosen geführten Wägen abtransportiert. In Gerolstein ist jetzt kein deutscher Eisenbahner mehr.

Die Hungerplage im Ruhrgebiet macht sich bereits fühlbar. Bei der Besetzung der verschiedenen Bahnhöfe ist eine große Anzahl von Waggons mit Lebensmitteln den Franzosen in die Hände gefallen. Auf diese Weise sind große Mengen von Lebensmitteln verlorengegangen. Die Kartoffel- und Fettversorgung hat sich erheblich verschlechtert.

Im Bezirk Mainz ist eine weitere Verschärfung der Ausweisungen dadurch eingetreten, daß die Familienangehörigen nunmehr unverzüglich nach dem Verlassen der Wohnungen durch die Familienoberhäupter ebenfalls die Wohnungen räumen müssen.

Die Revisionsverhandlung gegen das Todesurteil des Ingenieurs Börges findet vor dem Revisionshof in Düsseldorf bereits am Donnerstag, den 21. Juni, im neuen Amtsgericht statt.

Aus Düsseldorf wurden dieser Tage 59 Eisenbahnbeamte ausgewiesen. Die Familien müssen unter Zurücklassung des Mobiliars in vier Tagen folgen. — In Gostrop sind die 36 mit je 1 Jahr Gefängnis bestrafte Schupo-beamten gelassen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichspräsident in Thüringen.

Der Reichspräsident ist zu einem Besuch der thüringischen Landesregierung und zur Eröffnung der Jugendfestspiele des Schillerbundes in Weimar eingetroffen. Am Bahnhof wurde er vom Staatsminister Frölich, dem Vorsitzenden des deutschen Schillerbundes Professor Dr. Scheidemann, dem Stadtdirektor und dem Kreisdirektor empfangen. Dann fand im Gebäude des thüringischen Finanzministeriums eine Besprechung des Reichspräsidenten mit den Mitgliedern der thüringischen Regierung und dem Landtagspräsidenten statt.

Die Rechtsgültigkeit der Volksgerichte.

Die bayerische Staatsregierung hat sich seitherzeit an das sächsische Justizministerium gewandt mit der Anfrage, ob es richtig sei, daß das sächsische Justizministerium die Anweisung erteilt habe, dem Reichshilfsersuchen der bayerischen Volksgerichte nicht stattzugeben, da es sich hierbei um keine rechtmäßigen Gerichte handelt. Die Antwort des sächsischen Justizministers bestätigt im wesentlichen die Richtigkeit dieser Behauptung. Welche Entschlüsse und Folgerungen die bayerische Regierung aus dieser Antwort ziehen wird, steht im Augenblick noch nicht fest.

Aus In- und Ausland.

Brüssel. Die letzte Serie der deutschen Schuldscheine, die im Dezember 1922 der belgischen Regierung übergeben wurden, ist am 15. Juni eingelöst worden. Deutschland hat an diesem Tage in Brüssel 52 Millionen Goldmark bezahlt.

Washington. Präsident Harding sagte in einer Rede, die Regierung der Vereinigten Staaten habe in den vergangenen Monaten nicht nur ihre Mittel nicht überschritten, sondern sogar einen Überschuss von 200 Millionen Dollar erzielt.